

AFI fordert Gemeinde-Mindestlohn

rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2024/10/afi-fordert-gemeinde-mindestlohn--8ac39449-9b29-4f7d-be5b-5d16a69c3cf0.html

11. Oktober 2024

Wirtschaft und Finanzen

Arbeit

**Können die Gemeinden einen Mindestlohn für Arbeiten festlegen.
„Ja“, sagt das Arbeitsförderungsinstitut und fordert die Umsetzung.**

11/10/2024

pm

 AFI fordert Gemeinde-Mindestlohn

Rai

Tagesschau

Kein Arbeiter soll weniger als 9 Euro pro Stunde verdienen, wenn sein Arbeitgeber einen Auftrag einer Gemeinde ausführt, fordert das AFI.

Mindestlöhne sind zuerst eine Sache der Sozialpartner. Sie handelt aus, welche Mindestlöhne in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen gezahlt werden müssen. Das gilt etwa im Handel, im Gastgewerbe, in der metallverarbeitenden Industrie oder im Bausektor.

Nun ist das Arbeitsförderungsinstitut AFI vorgepresst und fordert die Gemeinden auf, darauf zu achten, dass sie einen Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde einhalten. Wie soll das möglich sein?

Vorbilder in der Toskana

Florenz oder Livorno haben bereits ein vergleichbares Modell verwirklicht. Sie haben das nicht mit einem Gesetz oder mit Verhandlungen erreicht, sie machten das mit einer Selbstverpflichtung. Florenz oder Livorno vergeben keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen, die nicht die repräsentativsten Kollektivverträge der Branche anwenden und die nicht einen Mindestlohn von 9 Euro pro Stunde zahlen. Diese Mindeststandards schreiben sie in die Ausschreibung von öffentlichen Arbeiten.

Abgeschlossene Verträge werden regelmäßig überprüft, auch mithilfe der Gewerkschaften.

Das AFI berichtet davon, dass eine Gemeinderätin in Brixen und ein Gemeinderat in Meran versucht haben, diese Regelung auch in ihren Gemeinden zu verankern. Die Anträge von Verena Stenico (Grüne Bürgerliste Brixen) und Andrea Rossa (Grüne Meran) seien jedoch abgelehnt worden. Als Begründung dafür sei angeführt worden, dass die Gemeinde keine Zuständigkeit habe, dass Rekurse vermieden werden müssten und dass unter 9 Euro in Südtirol niemand arbeite.

Das AFI weist darauf hin, dass fast jeder zweite öffentliche Auftrag von einer Gemeinde vergeben wird. Daher sollte die Lokalpolitik dieses Thema umgehend angehen.